

ESSENER MORGEN

Solidarisch – parteilich – links

Beratungshilfe

Nach dem Gleichheitsgrundsatz sollen auch arme Menschen Rechtsberatung erhalten.

Seite 4

„Philipp-Müller-Haus“

Name für das Essener „LINKE-Zentrum“ an der Severinstraße?

Seite 5

Abschalten!

Energiewende erneuerbar, dezentral, sozial und unumkehrbar machen!

Seite 6

Kurz & Knapp

Der 1. Mai ist unser Feiertag

... heißt es in einem Arbeiterlied. Der 1. Mai ist der Weltfeiertag der Arbeiterschaft.

Von Holger Vermeer

Besuch im Türkischen Konsulat

Fraktion und Partei trafen sich Ende März mit dem türkischen Generalkonsul in Essen, Hakan Akbulut, zu einem politischen Meinungsaustausch. Lob fand die fortschrittliche LINKE Positionierung in der Integrationspolitik. Für die Zukunft wurden regelmäßige Gespräche vereinbart.

Kulturloge Ruhr

Durch Hartz IV, Lohndumping und Altersarmut können viele EssenerInnen nicht ins Kino oder Museum gehen. Hier setzt die Kulturloge Ruhr an: Menschen mit geringem Einkommen wird ermöglicht, kostenlos Kulturveranstaltungen besuchen. Eine gute Idee – schade, dass sie nötig ist. www.kulturloge-ruhr.de

Jugendzentrum ade?

Die Schließung des Jugendzentrums Papestraße steht kurz bevor, ohne dass es sinnvolle Alternativen gibt. Bei der Stadt kann niemand angeben, wie es mit Umbau und Betrieb der untauglichen Weststadthallen weiter geht. Das Bündnis „Rettet das Jugendzentrum Papestraße“ warnt: „Angesichts der sich verschärfenden Kinderarmut und der immer schärfer werdenden Kürzungen halten wir die Schließung eines Jugendzentrums für nicht hinnehmbar.“ Weitere Aktionen sind geplant.

Jugendhilfe in Not

„Synergien“ sollten durch die Zusammenlegung des Vereins Jugendberufshilfe e.V. mit der Jugendfarm (2007) und der städtischen Kinder- und Jugendarbeit (2009) erzielt werden. Doch Zweifel an den Einsparungen wachsen; verbleibende Spielräume werden weggekürzt. Pikant: Die ehemaligen Beschäftigten des Vereins wurden auf ihrem alten Gehaltsniveau „eingefroren“ – ein Verstoß gegen den Ratsbeschluss aus 2007 zur Tarifreue städtischer Gesellschaften.

Es wird wieder Zeit zu demonstrieren. Gegen nach wie vor ungerechte Verteilung der Reichtümer in der Welt, in unserem Land, in unserer Stadt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Mitgliedsgewerkschaften rufen alle ArbeitnehmerInnen, alle Erwerbslosen, alle BürgerInnen auf, am 1. Mai für die Rechte der Menschen einzutreten.

Dieses Jahr geht es aber noch um mehr:

Die Zeit drängt: Mindestlohn statt Lohndumping!

Die Zeit drängt: Ab dem 1. Mai 2011 können Unternehmen Arbeitskräfte aus ganz Europa schon für 3,- Euro und weniger pro Stunde einsetzen. Dann droht eine neue Runde des Lohndumpings in Deutschland.

Die noch geltenden Schutzregelungen im Rahmen der europäischen Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreiheit fallen mit diesem Tag. Branchen,



Inzwischen schon Tradition: Das Maifest an der Zeche Carl.

die dann keinen Mindestlohn vereinbart haben, sind wegen eines fehlenden gesetzlichen Mindestlohnes gänzlich dem Markt ausgesetzt. Betriebe aus den neuen EU-Staaten Mittel- und Osteuropas, so etwa Bulgarien, Rumänien oder Litauen, können ab dem 1.5.2011 Arbeitskräfte zu Dumpinglöhnen auch hier in Deutschland einsetzen.

Niedriglöhne boomen in Essen

LINKE gegen Lohndumping und fordert gesetzlichen Mindestlohn

„Fast 30.000 Beschäftigte in Essen dürfen nicht länger mit Niedriglöhnen abgespeist werden. Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn ist

längst überfällig“, erklärte der Kreisvorstand der Essener LINKEN. Nach Angaben der Bundesregierung auf eine Anfrage der LINKEN (Bundestagsdrucksache 17/4590) liegt in Essen der Anteil der Vollzeitbeschäftigten, die lediglich einen Niedriglohn erhalten, bei 18,9%. 29.796 Beschäftigte sind in Essen von Niedriglöhnen betroffen.

(Fortsetzung Seite 3)

Anti-Atom-Proteste



Großen Zulauf finden die Fukushima-Mahnwachen und Anti-Atom-Demos auch in Essen, am Sitz des Atomkonzerns RWE. Mehr als 500 Teilnehmer am 14. März (Foto), über 5.000 Menschen am 2. April. DIE LINKE unterstützt die Forderung nach schnellstmöglicher Stilllegung aller Atomanlagen. Sicher ist nur eines: Atomkraft ist nicht sicher!

Veranstaltungen am 1. Mai

10.00 Uhr
Gewerkschaftsdemonstration ab Frohnhauser Markt

11.00 Uhr
DGB-Kundgebung auf dem Kennedyplatz

14.00 Uhr
Uhr Internationales Kulturfest auf der Zeche Carl

So wurde die SPD mit 31 Sitzen stärkste Fraktion, und die Partei DIE LINKE war mit fünf Sitzen erstmals in ihrer jungen Geschichte in deutlicher Fraktionsstärke vertreten. Zum neuen Oberbürgermeister wählten die EssenerInnen SPD-Mann Paß.

Die anfänglichen Verhandlungen über eine Rot-Grüne „Rathauskoalition“ endeten sehr bald dort, wo sie nicht wenige in der gestärkten Grünen Ratsfraktion (9 Sitze) angesichts ihrer vorherigen Koalitionsgeschichte mit der CDU gerne von Anfang an gesehen hätten, nämlich: vor der Wand.

Nicht erklärte Koalition

Die kalkulierte Folge ist, dass Grüne und CDU zusammen mit FDP (5 Sitze) und Udo Bayer'schen One-Man-Show EBB (3 Sitze !?) eine „Koalition“ ohne Koalitionsvertrag bilden. Das Fehlen einer schriftlichen Vereinbarung macht es dabei den bürgerlichen Koalitionären bei Widerspruch in den jeweils eigenen Reihen relativ leicht, stets verschleiern auf „nur“ gemeinsame Sach- und Einzelentscheidungen zu verweisen. Außerdem entzieht sich die heimliche Koalition den lästigen Parteigremien, den fragenden Mitgliederversammlungen, welche jede Form von schriftlichen Vereinbarungen von Ratsfraktionen prüfen, diskutieren und entscheiden müssen.

Inhaltliche Gemeinsamkeiten?

Wie klein die inhaltlichen Gemeinsamkeiten dieser bürgerlichen Ratsmehrheit in der Ratspraxis tatsächlich sind, wird hauptsächlich dadurch übertüncht, dass bei Abstimmungen vor allem auf grüner Seite ein Minimum an program-

Wie gewonnen so zerronnen: Keine Koalition für den OB.
Da hilft nicht mal Schokolade, um die saure Miene zu versüßen.
(Foto: Stefan Dolge)



Die fantastischen Vier!

Oder: „Stellt euch vor es ist Koalition, und keiner weiß warum“

Von Hans Peter Leymann-Kurtz

Rund eineinhalb Jahre ist es her, dass sich der 82-köpfige Rat mit einer deutlichen Linkerschiebung neu konstituiert hat. Dies war zumindest die Hoffnung der zigtausend Wählerinnen und Wähler, die nach fünf Jahren bürgerlicher schwarz-grüner „Ratskoalition“ und zehnjähriger Amtszeit des CDU-Oberbürgermeisters Reiniger auf eine neue, sozialere Ausrichtung der Stadtpolitik hofften.

matischer Berechenbarkeit fehlt.

Die zumeist inhaltsschwachen, oft verquast und häufig thematisch sekundären gemeinsamen Anträge der Vierertruppe bereiten zwar der personell gestützten Verwaltung viel Prüf- und Interpretationsarbeit, erfüllen aber ihren eigentlichen Zweck: Presse und Öffentlichkeit wird vorgegaukelt, was es tatsächlich gar nicht gibt, nämlich eine weitgehende politisch-inhaltliche Gemeinsamkeit. Gemessen an ihren Kommunalwahlprogrammen müssten sich die Grünen 18 Monate nach

der Kommunalwahl nämlich in einer Koalition mit der hiesigen SPD befinden.

Unsozialer Haushalt

Stattdessen beschlossen CDU/GRÜNE/FDP/EBB in Eintracht einen antisozialen Stadthaushalt, der die breite Masse schröpft, reiche EssenerInnen schon sowie die öffentliche Infrastruktur gefährdet bzw. zerstört. Auch ist man sich sehr einig darin, im Herbst des Jahres einen überflüssigen sechsten Beigeordneten für ein eigenständiges Personaldezernat zu bestimmen. Schließlich muss in ordentlichen Koalitionen auch genehmes Personal mit dem „richtigen Parteibuch“ installiert werden. Demgegenüber hält die „Viererkoalition“ aber unbeirrt an ihrem Beschluss fest, 1.000 Stellen in der Verwaltung bis 2015 zu vernichten („einzusparen“), obwohl dies nur mit „betriebsbedingten“ Kündigungen und unter Verzicht auf die Übernahme von Auszubildenden sowie einem massiven Wegfall von Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger (Winterdienst etc.) zu erreichen wäre.

Profil kaum erkennbar

Bei den „großen“ Themen dürfen die bürgerlichen Koalitionäre der Öffentlichkeit allerdings auch mal Eigenständigkeit suggerieren. Dies aber nur, wenn es angesichts übergeordneter Beschlusslagen ohnehin fast eierlei ist. Dennoch wird's Grüne

und CDU freuen, dass sich die SPD Anfang April beispielsweise nicht zu einem klaren „Nein“ in Sachen Durchstreckung A 52 durchringen konnte. Sonst hätte es wohl im Rat eine aus grüner und schwarzer Sicht ungeliebte Mehrheit mit SPD, Linken und Grünen für einen Ausstieg aus diesem Dinosaurierprojekt geben müssen. Beim Thema Messeausbau sind die vermeintlichen Skrupel der Grünen zwar Grund für die gnädige „lange Bank“ der „Koalitionspartner“. Dies ist bezeichnenderweise aber weniger den erforderlichen über 200

Millionen Euro Subventionen aus knappsten Haushaltsmitteln geschuldet, als 6 Metern Grugaparkeschnitt.

SPD-Schwäche begünstigt Viererbündnis

Wem jetzt unklar bleibt, warum diese bürgerliche „Ratskoalition“ von CDU/GRÜNE/FDP/EBB, bei vorhandenen und inhaltlich schlüssigeren Alternativen, trotzdem erste Wahl der Essener Grünen ist, darf hier an dieser Stelle keine Antworten erwarten, sondern sollte direkt bei den Grünen nachforschen. Nur soviel: Ist es vielleicht eine personenabhängige und lieb-gewordene Gewohnheit aus der vergangenen Ratsperiode? Oder ist es dem, ungeachtet ihrer zahlenmäßigen Kraft im Rat, bedauernden Zustand der Essener SPD geschuldet, die strategie-, führungs- und orientierungsschwach ihre nominelle Stärke zurzeit ungenutzt lässt? Mit inhaltlichen Schnittmengen jedenfalls ist diese Ratskoalition der „Fantastischen Vier“ nicht erklärbar. Oder aber vielleicht doch?

Sachmehrheiten statt Gedöns

So oder so, für uns Linke gilt: weiter Sachmehrheiten suchen für eine solidarische und gerechte Stadtpolitik! Daran halten wir trotz der nicht erklärten und für die Bürgerinnen und Bürger nutzlosen Viererkoalition im Rat fest. Nach vollzogener Überwindung unserer hausgemachten inneren Konflikte mehr als zuvor.

Hans Peter Leymann-Kurtz ist Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Essen

Hans Peter Leymann-Kurtz ist Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Essen

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Essener Morgen, eine neue Zeitung im Blätterwald? Ja, bitte! Wer den medialen Essener Einheitsbrei kennt und Alternativen vermisst, ist hier richtig. Eine Zeitung mit einer klaren Haltung:

- **solidarisch**

für ein Gemeinwesen, das seine Mitglieder in Krisen nicht alleinlässt

- **parteilich**

für die Interessen der ArbeitnehmerInnen, Erwerbslosen und sozial Ausgegrenzten

- **links**

für eine Umverteilung von oben nach unten

Wir setzen uns aktiv mit der herrschenden Politik in der Kommune, aber auch in Bund und Land, auseinander. Alternativen zu Privatisierung und Sozialabbau sind machbar - wenn man sie denn will! Unser Anliegen ist keine Einbahnstraße. Auch Sie, lieber Leserin, lieber Leser, sind gefragt. Ob Sie uns Beiträge vorschlagen oder auf Probleme aufmerksam machen, ob Sie LeserInnenbriefe schreiben oder für die weitere Verbreitung des Essener Morgen spenden: Ihre Mitarbeit ist willkommen.

Die Redaktion

Impressum:

Essener Morgen - solidarisch, parteilich, links

wird herausgegeben vom Kreisverband DIE LINKE. Essen in Kooperation mit der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Essen und dem Wahlkreisbüro Ulla Lötzer (Mitglied des Bundestages).

Redaktion: Jörg Bütetür, Ralf Fischer (V.i.S.d.P.); Seite 6: Ulla Lötzer (V.i.S.d.P.)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.04.2011, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 27.06.2011.

Satz und Layout: Steinmann, Feldhaus & Partner GmbH, Otmarstr. 5, 45131 Essen

Auflage: 5.000 Stück, Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG, Flurstraße 2, 17034 Neubrandenburg

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassungen von Redaktion und Herausgeber wieder.

Kontakt: Redaktion Essener Morgen, Severinstraße 1, 45127 Essen, Telefon: 0201/8602904, Fax: 0201/8602906, Email: essener-morgen@dielinke-essen.de

Spendenkonto: DIE LINKE. Essen, Konto 518060435, Postbank Essen, Bankleitzahl 360 100 43, Stichwort: Essener Morgen.

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 1. April 2011.



Der 1. Mai ist unser Feiertag

(Fortsetzung von Seite 1)

Nach Berechnungen der Bundesregierung liegt die Niedriglohnschwelle derzeit bei 1.870 Euro in Westdeutschland und 1.367 Euro in Ostdeutschland. In Anbetracht dieser Zahlen ist es Zeit zu handeln und einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Ein Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde, wie ihn die LINKE fordert, würde die Löhne von bundesweit rund sieben Millionen Menschen anheben.

Spätestens ab dem 1. Mai 2011 ist ein gesetzlicher Mindestlohn unumgänglich. Ab diesem Zeitpunkt fallen die Schutzregelungen im Rahmen der europäischen Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreiheit fast vollständig weg. Es muss verhindert werden, dass Unternehmen dies für eine neue Runde im Lohndumping zulasten der Beschäftigten ausnutzen

Spätestens ab dem 1. Mai 2011 ist ein gesetzlicher Mindestlohn unumgänglich.

können. Die Bundesregierung bleibt bisher aber untätig. Deshalb muss der Druck erhöht werden, damit sie ihre einseitige Lobbypolitik für die Interessen der Arbeitgeber beendet. Die Beschäftigten dürfen nicht weiter im Regen stehen gelassen werden.

Die LINKE unterstützt deshalb die Forderungen der Gewerkschaften zum 1. Mai für sichere und faire Arbeit. Ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn nutzt nicht nur den Beschäftigten. Auch die Stadtkasse würde entlastet. In Essen bekommen 5.578 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zusätzlich zu ihrem Lohn Hartz IV, weil ihr Lohn nicht zum Leben reicht. Stadt

und Arbeitsagentur haben hierfür in Essen allein im Juni 2010 insgesamt 36,7 Millionen Euro draufgezahlt.

Leiharbeit in Essen

LINKE fordert gleichen Lohn für gleiche Arbeit

„Es ist ein Skandal, dass neue Stellen in Essen vor allem in der Leiharbeit angeboten werden. Niedrige Löhne sind hier an der Tagesordnung“, erklärt die Bundestagsabgeordnete Ulla Lötzer, stellvertretende Vorsitzende und gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion Die LINKE. Das ergab eine Anfrage der LINKEN bei der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 17/4590).

Danach ist in Essen fast jede zweite angebotene Stelle ein Leiharbeitsplatz: Mit 47,2 Prozent ist der Anteil der Leiharbeit an den offenen Stellen im Januar 2011 ein trauriger Spitzenwert in NRW. Damit einher geht das Wachstum von Niedriglöhnen. Während der mittlere Lohn (Me-

diantentgelt) eines Vollzeitbeschäftigten in Essen bei 2.970 Euro pro Monat liegt, sind es bei Leiharbeitsbeschäftigten lediglich 1.612 Euro.

In Anbetracht dieser Zahlen fordert Ulla Lötzer: „Die ungleiche Behandlung von regulär Beschäftigten und Leiharbeitskräften muss sofort beendet werden. Die LINKE fordert, das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ohne Wenn und Aber und ab dem ersten Einsatztag per Gesetz festzuschreiben. Die Einsatzzeit für Leiharbeiter muss auf längstens drei Monate begrenzt werden. So kann die Entstehung regulärer Arbeitsplätze gefördert und die Verdrängung von Stammpersonal durch Leiharbeiter unterbunden werden. Am Essener Uni-Klinikum ha-

ben Beschäftigte und Personalrat nach jahrelangem Kampf die Auflösung der hauseigenen Leiharbeitstochter PSG durchgesetzt. Solchem systematischen Einsatz von Leiharbeit zum Lohndumping muss endlich auch gesetzlich Einhalt geboten werden.

Die LINKE hat Vorschläge dafür in den Bundestag eingebracht und unterstützt den Aktionstag der Gewerkschaften für sichere und faire Arbeit am 24. Februar.“ Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ nutzt nicht nur den Beschäftigten. Auch die Steuerzahler würden entlastet. In Essen bekommen 12,9 Prozent der Leiharbeitsbeschäftigten zusätzlich zu ihrem Lohn Hartz-IV-Leistungen, weil ihr Lohn nicht zum Leben reicht. Hierfür wurden in Essen 110.725 Euro allein im Juni 2010 ausgegeben.

Holger Vermeer ist Kreissprecher der Partei DIE LINKE und Mitglied im BundessprecherInnenrat der AG betrieb & gewerkschaft

Weitere Informationen:
www.dgb.de
www.zehcarl.de
www.betriebundgewerkschaft.de



